

# Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Frankfurter Nr. 12.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellgeld besonders.



Postkontokonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die gewöhnliche Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Anzeigen werden keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 122

Dienstag, den 26. Mai 1925

32. Jahrgang

## Chronik des Tages.

— Von dem Nordpolfahrer Amundsen ist seit vier Tagen jegliche Kunde ausgeblieben. In Amerika erwägt man die Entsendung einer Rettungsexpedition.  
— Die Zahlen über die Opfer der neuen japanischen Erdbebenkatastrophe gehen sehr weit auseinander. Sie schwanken zwischen 500 und 1500.  
— Bei den Landtagswahlen in Oldenburg wurden 16 Reichsparteiler und 24 Abgeordnete der bisherigen Koalitionsparteien gewählt.  
— Marshall Joffre hat sich im Auftrage der französischen Regierung mit einer Truppenabordnung nach London begeben, um bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Marshall Frensch die französische Armee zu vertreten.

## Strefemann und Hindenburg.

Deutsche Volkspartei und Reichspräsidentenwahl.  
In Berlin trat im Reichstage der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Reichsaußenminister Dr. Strefemann, der durch Kuruz einstimmig zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes wiedergewählt wurde, verbreitete sich in einer größeren Rede über die Lage im Reich und kam dabei auch auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen.  
„Wir haben die Kandidatur Hindenburg unterstützt“, erklärte Dr. Strefemann — „und ich bin überzeugt, daß die Deutsche Volkspartei bis zu ihrem letzten Wähler für Hindenburg an die Wahlurne gegangen ist. Inzwischen hat sich auch das Ausland davon überzeugt, daß Hindenburg nichts anderes als eine Politik des Friedens auf der Grundlage der Selbstachtung nach innen und der Gleichberechtigung nach außen will.“  
Findet sich das deutsche Volk unter der Führung seiner höchsten Vertrauen ausstrahlenden Persönlichkeit in diesem Grundgedanken zusammen, so liegt darin die stärkste Unterstützung der deutschen Politik nach außen und innen.“  
Es folgte eine rege Aussprache, in der fast alle Fragen des öffentlichen und politischen Lebens berührt wurden. Die Tagung gipfelte in der Annahme einer einstimmig angenommenen Entschließung, worin gesagt ist, die Deutsche Volkspartei erblicke ihre Aufgabe darin, Hüterin der liberalen Tradition der alten Partei zu sein.

## Telegramme an Hindenburg, Jarres und das Rheinland.

An den Reichspräsidenten wurde ein Ergebenheitstelegramm gesandt, ebenso ein Telegramm an Dr. Jarres, dem man Grüße und Dank für alles Vermittelte, was er für das Vaterland getan. — Schließlich erfolgte noch die Annahme einer Entschließung an das Rheinland, worin es u. a. heißt: „Ein Deutschland ohne Rheinland, ein Rheinland ohne Deutschland, beides ist unmöglich. So Euer, so unser Glaube.“

## Eine neue Erklärung Strefemanns.

Die Vertrauenskrise zwischen Deutschland und Frankreich.  
Reichsaußenminister Dr. Strefemann hat sich telegraphisch dem Pariser „Matin“ gegenüber auf Wunsch von dessen Außenpolitiker Gauertwein über die Lage in Deutschland nach der Reichspräsidentenwahl geäußert. Die Erklärungen des Reichspräsidenten von Hindenburg, die der Eidesleistung folgten, die Worte, die er an Dr. Simons richtete, sowie der Hinweis auf den Präsidenten Ebert hätten, so erklärt Strefemann, ein Echo gefunden bis sehr weit in die linksstehenden Kreise hinein.  
Weiter führt Strefemann aus, die extremistische Bewegung sei in Deutschland ganz zurückgegangen. Die Damesgejehe seien von einer Mehrheit angenommen worden, die man vor dem Beginn der Debatte hierüber für unmöglich gehalten hätte.

Eine weitgehende Entspannung würde sich eingestellt haben, wenn am 10. Januar die Kölner Zone geräumt worden wäre und Frankreich Gelegenheit genommen hätte, das Ruhrgebiet früher zu räumen, was für Frankreich keine große politische Bedeutung gehabt hätte, da ja die Befreiung auf alle Fälle am 15. August beendet sei. In allen deutschen Kreisen würde man hierin den Beweis gefunden haben, daß die deutsche Politik der Abkommen ausgezeichnet sei. Statt dessen wartet Deutschland seit Monaten, daß man ihm sage, warum die Kölner Zone nicht geräumt sei und warum man im Ungewissen bleibe hinsichtlich dieser Frage, die von so einschneidender Bedeutung sei. Deutschland stelle

außerdem fest, daß andere Vorschläge, die es gemacht habe, und die ein großes moralisches Opfer für das deutsche Volk bedeuten, in Frankreich nicht das Echo gefunden hätten, das man hätte erwarten können. Wenn man von Währungsfragen spreche, spreche man oft von Vertrauenskrise, die eine Währung ins Wanken bringen können. Wenn man nicht wolle, so schließt der Minister seine Erklärung, daß die Beziehungen der europäischen Länder untereinander derartigen Erschütterungen ausgesetzt werden, müsse man die Vertrauenskrise, die zwischen Deutschland und Frankreich besteht, überwinden, die so oft die beiden Länder verhindert hätte, Fragen zu regeln, die sie enger berührten als alles andere.

## Große Sorge um Amundsen.

Seit vier Tagen ohne Lebenszeichen. — Eine Rettungsexpedition soll ausgesandt werden.  
Die Spannung um das Schicksal Amundsens, von dem seit dem Antritt des Nordpolfluges vor vier Tagen jegliche zuverlässige Kunde fehlt, ist überall aufs höchste gestiegen. Die von Amundsens Begleiterschiffen nach New York gegebenen Fundstücke lassen durchblicken, daß dem Nordpolforscher etwas Unvorhergesehenes zugestoßen sein könnte. Die letzte Meldung vom Begleiterschiff „Farn“ vermerkt, daß in den letzten Stunden plötzlich ein Wetterumschlag einsetzte. Plötzlich sei das Schiff in ein Nebelmeer geraten und es trat obendrein noch Schneefall dazu.  
Überall ist man stark beunruhigt. Namentlich in Norwegen hat die Sorge den Grad größter Erregung angenommen.  
An das amerikanische Staatsdepartement ist das Ansuchen ergangen, rashestens eine Hilfsexpedition auszuschicken, um Klarheit über Amundsens Schicksal zu schaffen. Das Departement hat auch bereits seine Bereitwilligkeit zugesagt, bei einem weiteren Ausbleiben von Nachrichten einen der beiden Zepeline, Shenandoa oder S. N. 3, auf die Suche nach Amundsen zu entsenden.

Die beiden Schiffe „Farn“ und „Hobby“ kreuzen vor Spitzbergen, ohne in Verbindung mit Amundsen gekommen zu sein. Aus Berlin, England und New York kommen Telegramme, die besagen, daß Amundsen bereits den Nordpol im Namen seines Königs in Besitz genommen hat. Diese Gerüchte scheinen von einem Dampfer im Eismeer zu stammen. Tatsache ist, daß bis jetzt nicht das Geringste von Amundsen vorliegt.

## Nachforschungen nach Amundsen.

Daso, 26. Mai. Unter den zurückgebliebenen Mitgliedern der Amundsen-Expedition macht sich eine gewisse Niedergeschlagenheit wegen des Ausbleibens Amundsens geltend. Sofern den Maschinen ein Unfall zugestoßen sein sollte, würde den Teilnehmern ein langer gefährlicher Weg über das Eis bevorstehen. Das Wetter ist bewölkt und rau. Die Temperatur ist etwas unter dem Gefrierpunkt. In nördlicher Richtung von der Amsterdams-Insel hat der Kapitän der „Farn“ offenes Wasser bemerkt. Die Flieger würden hier niedergehen können. Falls von Amundsen nicht bald Nachrichten eingehen, wird die Expedition Mac Millan, die die unbekannteren Polargebiete mit Hilfe einiger der großen Marineflugzeuge erforschen soll, sofort ihren Plan ändern und Nachforschungen nach dem Verbleiben Amundsens und seiner Begleiter anstellen.

## Die Antwort an Mussolini.

Reichstagspräsident Voegelé auf dem Bundestag des österreichisch-deutschen Volksbundes.

Zu einem machtvollen Bekenntnis für den großdeutschen Gedanken gestaltete sich die Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes in Dortmund. Reichstagspräsident Voegelé nahm das Wort zu einer längeren Ansprache, worin er eingangs die Aufgaben des Volksbundes, den großen geistigen Zusammenhalt in der deutschen Volksgemeinschaft, im näheren kennzeichnete.  
Anschließend nahm Reichstagspräsident Voegelé Gelegenheit, auf die letzten Tage erfolgten Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini über den „offenendigen Vertragsbruch“, den ein Anschluß Österreichs an Deutschland bedeuten würde, und über die Notwendigkeit der Brennergrenze, zu antworten. Voegelé führte u. a. folgendes aus:

„Den haltlosen Verleumdungen und Verdächtigungen Mussolinis muß folgendes klar entgegengehalten werden: Die Nationalversammlung in Wien beschloß sofort am 12. November 1918, das Deutsch-

Österreich ein Teil der deutschen Gesamtrepublik bilden müsse. Ununterbrochen haben österreichische Stimmen vor der Welt bezeugt, daß der Anschlußwille von Österreich ausgegangen ist, weil das Land in seiner jetzigen Gestaltung eine wirtschaftliche Unmöglichkeit geworden ist. Besonders in den letzten Wochen werden infolge des Scheiterns der Sanierungsaktion des Völkerbundes die Stimmen aus Österreich immer lauter, die da fordern: Wir wollen heim zu unseren Brüdern im großen deutschen Reich.“

Auch für uns in Deutschland muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker herrschen, wie bei den anderen Nationen. Mit welchem Recht kommt Mussolini dazu, in seinen letzten Reden sich im Tone des Siegers gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland auszusprechen? Hat er nicht selbst gefühlt, daß er damit eine geringe Kenntnis der Friedensverträge aufweist, die Italien selbst mit unterschrieben hat?  
Damit hat er aber auch ein geistiges Attentat verübt gegen die Geschichte seines eigenen Volkes nach den 70er Jahren. Wir müssen es entschieden ablehnen, daß der Führer des italienischen Volkes in Angelegenheiten des deutschen Volkes mitzureden sich erlaubt, als ob er am deutschen Schicksal mitzubestimmen hätte.

Das deutsche Volk wird seine künftige Zukunft selbst gestalten.“

Im weiteren sprach der Chef der österreichischen Heeresverwaltung, General v. Koerner, der u. a. betonte: Tausend Jahre waren wir bereit mit der deutschen Nation. Wir, des Deutschen Reiches südöstliche Grenzmark, wollen nunmehr wieder heim ins Deutsche Reich. Wir bringen als Attribut in das deutsche Volk 6,5 Millionen arbeitstüchtiger Menschen, die einzig in dem Grundsatze sind: Hinein in die deutsche Republik auf friedlichem Wege, in ruhiger Fortentwicklung. Wir wollen teilnehmen an den Kämpfen um die Fortentwicklung des deutschen Volkes, wir wollen mitarbeiten am nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Leben. Allein ersticken wir in unserem eingegrenzten Gebiet.

Die Rede klang aus in ein dreifaches Hoch auf die einigte deutsche Gesamtrepublik.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Mai 1925.

— In Bonn fand in Anwesenheit des preussischen Ministers des Innern, Sebering, ein feierlicher Festakt anlässlich der Jahrtausendfeier des Rheinlandes statt.

— Der Führer der bayerischen Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat seine österreichische Staatsangehörigkeit aufgegeben. Dem „Börslichen Beobachter“ zufolge ist er dadurch nun staatenlos geworden.

— Das Erscheinen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen ist von der Besatzungsbehörde verboten worden.

Der gefährdete Reichshaushalt. Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm den Bericht des Abg. Erising (Nrr.) über das Ergebnis der Verhandlungen des auf Wunsch des Finanzministers eingesetzten Unterausschusses über die gegenwärtige Finanzlage entgegen. Der Berichterstatter führte zusammenhängend aus: Nach dem Ergebnis der Verhandlungen im Unterausschuß des Haushaltsausschusses muß anerkannt werden, daß das vom Reichsfinanzministerium dargelegte Rassen- und Staatsbild im wesentlichen zutreffend ist. Hiernach ist der Unterausschuß der Ansicht, daß die Gefahr einer Störung des Gleichgewichts im Haushalte außerordentlich nahe liegt. Zur Vermeidung dessen ist auf der Ausgabe Seite die größte Vorsicht geboten.

Finanzausgleich und Gemeinden. Bei einem Frühstück anlässlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse ging der Berliner Oberbürgermeister Dr. Böß im näheren auf die nach seiner Ansicht verhängnisvolle Politik des Reiches ein. Das Finanzausgleichsgesetz wirke für die Länder und die Gemeinden luftabschnürend. Seit dem Kriege haben wir — betonte Dr. Böß — in den großen Städten sehr zahlreiche Bankrotte erlebt und sehr heftige Proteste aus allen Kreisen der Wirtschaft gegen die allzu harte Besteuerung durch Reich, Länder und Kommunen erfahren. Wenn aber der Reichstag und die Reichsregierung eine Politik machen, die den Kommunen ihre Freiheit nimmt, und ihnen dabei neue Lasten auflegt, so müssen die Steuern nicht herabgesetzt, sondern weiter erhöht werden. Wir haben ja nicht nur unsere eigenen Lasten zu tragen, sondern auch die Forderungen aus dem Dawespaakt zu erfüllen. Wie kann man ernstlich unter solchen Verhältnissen neue Gesetze schaffen wollen, sozialen und wirtschaftlichen Inhalts, wenn der Wirtschaft Lasten auferlegt werden sind, die solche neuen Gesetze untragbar machen. Oberbürgermeister Böß richtete zum Schluß einen Appell